S 5 U 144/97

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht	Sozialgericht Münster
Sachgebiet	Unfallversicherung
Abteilung	5
Kategorie	Gerichtsbescheid
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 5 U 144/97
Datum	09.03.1999

2. Instanz

Aktenzeichen	L 17 U 102/99
Datum	29.03.2000

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Klage wird abgewiesen. AuÃ¼rgerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

Tatbestand:

Streitig ist die FÃ¼rderung einer UmschulungsmaÃ¼nahme.

Der am 00.00.1969 geborene KlÃ¤ger ist gelernter Schreiner und arbeitete nach seiner Ausbildung als Schreinergeselle zuletzt als MÃ¼belschreiner bei der Firma H. in W â¼. Am 18.08.1997 begann der KlÃ¤ger eine Umschulung zum Holztechniker in der TechniÃ¼schen Schule in B. fÃ¼r die Dauer von zwei Jahren. Die UmschuÃ¼lung wird auf eigene Kosten durchgefÃ¼hrt.

Bereits 1995 war der Verdacht aufgetreten, bei dem KlÃ¤ger liege eine berufsbedingte LÃ¤rmschwerhÃ¼rigkeit vor. Die Beklagte veranlaÃ¼te unter dem 29.03.1996 ein Gutachten des Dr. C., der den berufsbedingten HÃ¼rverlust mit 0 % einstufte, jedoch der Auffassung war, bei dem KlÃ¤ger sei bereits nach wenigen Berufsjahren eine sicher beruflich bedingte LÃ¤rmschÃ¼digung im Hochtonbereich aufgetreten. Er hielt den KlÃ¤ger fÃ¼r gefÃ¼hrdeter als altersgleiche Menschen in seinem Beruf und empfahl eine lÃ¼ckenlose jÃ¼hrliche Kontrolle. Sofern im Laufe

der Zeit eine deutliche Höhrverschlechterung eintrete, mÄ¼Ä¼ten MaÄ¼nahmen nach Â§ 3 der BKVO geprÄ¼ft werden. Durch Schreiben vom 16.04.1996 forderte die Beklagte den KlÄ¼ger auf, geeigneten GehÄ¼rschutz zu tragen.

Unter dem 27.03.1997 teilte Dr. S. der Beklagten mit, im Rahmen einer Kontrolluntersuchung habe eine zunehmende Progredienz festgestellt werden kÄ¼nnen. Es wurde empfohlen, eine Umschulung zu prÄ¼fen. Im Gutachten vom 26.06.1997 schÄ¼tzte Dr. X. die IÄ¼rmbedingte SchwerhÄ¼rigkeit des KlÄ¼gers mit unter 10 v.H. ein. Er wies darauf hin, daÄ¼ der KlÄ¼ger sorgfÄ¼ltig persÄ¼nlich angepaÄ¼ten LÄ¼rmschutz benutzt habe und damit eine wesentliche Zunahme der SchwerhÄ¼rigkeit seit der Vorbegutachtung hÄ¼tte vermeiden kÄ¼nnen. Wegen des deutlichen Vorschadens links und der nach sieben LÄ¼rmjahren bereits sehr deutlich als verhÄ¼ltnismÄ¼Ä¼ig tiefe C5-Senke aufgetretenen LÄ¼rmschwerhÄ¼rigkeit rechts sei der KlÄ¼ger jedoch fÄ¼r weitere LÄ¼rmarbeit nicht geeignet, zumal der LÄ¼rmschaden an dem vorgeschÄ¼digten Ohr eine deutliche Tendenz zur Verschlimmerung habe. Mit Bescheid vom 24.07.1997 erkannte die Beklagte bei dem KlÄ¼ger das Vorliegen einer Berufskrankheit nach Ziff. 2301 der Anlage 1 zur BKVO an mit der Folge der Berufskrankheit "minimale HochtoninnenohrschwerhÄ¼rigkeit rechts". Nicht als Folge der Be-rufskrankheit anerkannt wurde eine knapp geringgradige Hochton-innenohrschwerhÄ¼rigkeit links. Die Beklagte lehnte einen Anspruch auf Rente und auf GewÄ¼hrung von Leistungen nach Â§ 3 BKVO (UmschuÄ¼lung) ab. Zur BegrÄ¼ndung fÄ¼hrte sie unter anderem aus, es sei nicht davon auszugehen, daÄ¼ die konkrete Gefahr der Verschlimmerung der InnenohrschwerhÄ¼rigkeit durch LÄ¼rm bestehe. Die Verlaufsbeobachtung habe deutlich gemacht, daÄ¼ bei sorgfÄ¼ltig angepaÄ¼tem LÄ¼rmschutz eine Zunahme der IÄ¼rmbedingten HÄ¼rstÄ¼rung verhindert werden kÄ¼nne. Deshalb bestehe kein Anspruch auf Leistungen nach Â§ 3 BKVO. Im Widerspruchsverfahren machte der KlÄ¼ger geltend, bei der Firma H. wÄ¼hrend der Arbeitszeit stÄ¼ndig mit sehr lauten Maschinen umgehen zu mÄ¼ssen. Die zur VerfÄ¼gung stehenden SchutzmaÄ¼nahmen reichten nicht aus, eine Verschlimmerung des Krankheitsbildes zu verhindern. Die Ä¼rzte bestÄ¼tigten eine Zunahme der LÄ¼rm-schwerhÄ¼rigkeit. Eine Umschulung zum Holztechniker sei sinnvoll. Hier kÄ¼nne er in dem ihm bekannten Bereich tÄ¼tig werden. Die BelÄ¼stigung durch die lauten Maschinen entfalle allerdings in diesen vorbereitenden TÄ¼tigkeitsbereich, in dem vor allen Dingen Angebote erstellt wÄ¼rden. Mit Widerspruchsbescheid vom 28.10.1997 wies die Beklagte den Widerspruch des KlÄ¼gers als unbegrÄ¼ndet zurÄ¼ck. Sie legte unter anderem dar, bei der Nachuntersuchung sei keine Verschlimmerung des Krankheitsbildes nachzuweisen gewesen. DarÄ¼ber hinaus habe die Erfahrung gezeigt, daÄ¼ sorgfÄ¼ltig ausgesuchter und angepaÄ¼ter GehÄ¼rschutz, der konsequent getragen werde, einen sicheren Schutz vor schÄ¼digender LÄ¼rmeinwirkung biete, so daÄ¼ von daher ein Umschulungszwang nicht zu begrÄ¼nden sei.

Der KlÄ¼ger macht geltend, die Umschulung zum Holztechniker sei ein geeignetes Mittel, der Gefahr der Verschlimmerung der Berufskrankheit entgegen zu wirken. Bei der TÄ¼tigkeit eines Holztechnikers handele es sich zum Teil um eine reine BÄ¼rotÄ¼tigkeit. Sofern er bei anderen Firmen als bei der Firma H. tÄ¼tig werden mÄ¼Ä¼te, mÄ¼sse er sich in Gefahrenbereich nur fÄ¼r wenige Minuten aufhalten. Als

Holztechniker wäre er einer Larmexposition nicht mehr ständig ausgesetzt. Dadurch würde die Gefahr der Verschlimmerung gemindert.

Der Kläger beantragt schriftsätzlich,

den Bescheid der Beklagten vom 24.07.1997 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 28.10.1997 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihm vom 18.08.1997 an Leistungen nach Â§ 3 BEKO (Umschulung) zu zahlen.

Die Beklagte beantragt schriftsätzlich, die Klage abzuweisen.

Sie weist darauf hin, ein Zwang zur Aufgabe der gefährdenden Tätigkeit sei nicht gegeben. Von daher bestehe keine Notwendigkeit für eine Umschulung. Zudem scheide eine Umschulung zum Holztechniker schon deshalb aus, weil der Kläger auch da noch lärmexponiert tätig sei. Zur Begründung legte die Beklagte Kopien aus dem Grundwerk ausbildungs- und berufskundliche Information zur Arbeitssituation des Holztechnikers bei.

Das Gericht hat die den Kläger betreffende Verwaltungsakte der Beklagten beigezogen.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird Bezug genommen auf die beigezogene Akte sowie auf die im Klageverfahren gegenseitig gewechselten vorbereitenden Schriftsätze. Sie sind Gegenstand der Entscheidung gewesen.

Entscheidungsgründe:

Die zulässige Klage ist nicht begründet.

Der Kläger wird durch den Bescheid der Beklagten vom 24.07.1997 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 28.10.1997 nicht berswert, da dieser nicht rechtswidrig ist ([Â§ 54 Abs. 2 SGG](#)).

Der hier allein streitgegenständliche Anspruch auf Gewährung von Leistungen nach Â§ 3 BKVO richtet sich konkret auf die Förderung des Klägers zum Holztechniker ab 18.08.1997. Zwar wird im Klageantrag allgemein die Gewährung von Leistungen nach Â§ 3 BKVO â Umschulung â geltend gemacht, aus der weiteren Begründung des Klagevorbringens ergibt sich jedoch, daß der Kläger die Umschulung zum Holztechniker durch die Beklagte gefördert wissen will. Ein dahingehender Anspruch des Klägers besteht nicht.

Besteht für einen Versicherten die Gefahr, daß eine Berufskrankheit entsteht, wieder auflebt oder sich verschlimmert, so hat der Träger der Unfallversicherung gemäß Â§ 3 BKVO mit allen geeigneten Mitteln dieser Gefahr entgegen zu wirken. Ist die Gefahr für den Versicherten nicht zu beseitigen, hat der Träger der Unfallversicherung ihn aufzufordern, die gefährdende Tätigkeit zu

unterlassen. Diese Voraussetzungen sind nicht erfüllt. Dahinstehen kann die Beantwortung der Frage, ob sich die beim Kläger bestehende berufsbedingte Lärmschwerhörigkeit bei Fortführung seiner Tätigkeit als Maßbeschreiner bei der Firma H. mit der Gefahr der Verschlimmerung verbunden ist. Selbst wenn dieses der Fall wäre und geeignete Gehörschutzmaßnahmen nicht ausreichend wären, die Gefahr zu beseitigen, ist die Umschulung des Klägers zum Holztechniker jedenfalls kein geeignetes Mittel, der Gefahr entgegen zu wirken. Zwar weist der Kläger zu Recht darauf hin, daß ein Holztechniker nicht ausschließlich in lärmexponierten Bereichen tätig zu sein hat, sondern dessen Aufgabengebiet sich auch in Bereichen vollzieht, die mit Lärmbelastungen nicht verbunden sind. Dieses wird auch bestätigt durch die berufskundlichen Unterlagen â GABI -, die die Beklagte zum Beruf des Holztechnikers überreicht hat. Gleichwohl ist die Tätigkeit eines Holztechnikers je nach Einsatzbereich mit mehr oder minder starken Lärmbelastungen, die gefährlich sein können, verbunden. Auch dieses ergibt sich aus den berufskundlichen Unterlagen, in denen als Belastungen, die mit dem Beruf verbunden sind, die häufige Lärmarbeit durch entsprechende Holzbearbeitungsmaschinen erwähnt wird. Je nach Arbeitsbereich treten Umgebungseinflüsse wie der Maschinenlärm auf. Durch eine Tätigkeit als Holztechniker wird demnach die Gefahr durch Lärmschädigung beim Kläger nicht völlig beseitigt. Der Kläger wird eine gefährdende Tätigkeit nicht völlig aufgeben. Selbst wenn man davon ausgehen wollte, daß der Kläger bei seinem alten Arbeitgeber nicht lärmexponiert tätig sein möchte, ist für die Umschulung Voraussetzung, daß dadurch die gefährdenden Tätigkeitsbereiche gänzlich aufgegeben werden, und zwar nicht nur beim konkreten Arbeitsplatz, sondern für alle in Betracht kommenden Arbeitsplätze. Nur dann nämlich ist der Kläger wettbewerbsfähig in den allgemeinen Arbeitsprozeß wieder einzugliedern, ohne daß dessen Tätigkeitsfeld auf Teilbereiche des Holztechnikers, die nicht lärmexponiert sind, zu beschränken wäre. In diesem Zusammenhang kann auch Bezug genommen werden auf die Ausführungen des Bundessozialgerichts im Urteil vom 26.02.1992 zum Az.: [9b RAr 3/91](#). Die darin getroffenen Erwägungen treffen auch auf den vorliegenden Fall zu.

Es bestehen keine Anhaltspunkte dafür, daß unter Berücksichtigung der Eignung und Neigung des Klägers sowie den Erfordernissen des Â 3 BKVO andere Berufsfelder für den erst 30-jährigen Kläger nicht mehr in Betracht kommen.

Dem Antrag des Klägers, ein Gutachten gemäß [Â 109 SGG](#) einholen, war nicht stattzugeben, da es sich vorliegend nicht um die Frage einer medizinischen Zusammenhangsbegutachtung handelt, sondern um eine berufskundliche Frage, medizinische Fragen deshalb nicht entscheidungserheblich sind.

Die Kostenentscheidung beruht auf den [Â 183, 193 SGG](#).

Erstellt am: 06.05.2020

Zuletzt verändert am: 23.12.2024